

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 87. Ratssitzung vom 10. Februar 2016

1671. 2015/329

Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 30.09.2015: Eigenfinanzierungsgrad der subventionierten Kultur-Institutionen, Berechnung auf der Grundlage eines neuen, transparenten Schlüssels durch Gegenüberstellung der Erträge aus eigenen Leistungen und den subventionierten Einnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1319/2015): Wenn vom Eigenfinanzierungsgrad einer Kultur-Institution gesprochen wird, denkt ein uninformatierter Bürger möglicherweise, es gehe um private Beiträge und Erträge aus Tickets, Spenden, Sponsoring und dergleichen. Weit gefehlt. Im Eigenfinanzierungsgrad der Kultur-Institutionen werden nur Subventionen ausgewiesen, die von der Stadt direkt an die Institution fliessen. Was Kanton oder Bund an eine Kultur-Institution bezahlen, wird nicht ausgewiesen. Mieterlasse werden nicht einberechnet. Quersubventionierungen, so z. B., wenn das Schulamt Tickets kauft, werden ebenfalls nicht ausgewiesen, ebenso wie die von der Stadt erbrachten Sach- und Dienstleistungen an Kultur-Institutionen. Dann gibt es noch fehlende Abschreibungen für Investitionsbeträge. Die städtischen Investitionsbeträge werden abgeschrieben, diejenigen von Kanton und Bund jedoch nicht. Keine einzige Kultur-Institution benennt somit einen Eigenfinanzierungsgrad, der zutrifft. Das Gemeindegesetz verlangt von den Gemeinden Kostenwahrheit und Kostenklarheit. Den meisten ist es offenbar egal, dass das Gesetz nicht erfüllt wird. Wir wollen mit dem Postulat Kostenklarheit und Kostenwahrheit erzeugen. Wir wollen aber auch die Leistung der Zürcher Kultur optimieren und die Kosten senken. Wenn man den Eigenfinanzierungsgrad neu berechnen würde, würde ein grosser Teil der Kultur-Institutionen einen Eigenfinanzierungsgrad zwischen lediglich 10 und 30 % ausweisen. Es ist möglich, dass die Kultur-Institutionen sich dann am Riemen reissen, aus der subventionsbedingten Lethargie ausbrechen, das Publikum besser ansprechen, mehr Tickets verkaufen, mehr Spenden- und Mitgliederbeiträge erzielen. So kann die Kultur optimiert werden. Gewisse Kultur-Institutionen werden möglicherweise weiterhin die hohle Hand machen und ihre Leistung nicht verbessern wollen. Blicke nun aber eine Kultur-Institution mehr als zwei Jahre unter einem Eigenfinanzierungsgrad von 20 %, würde sie nicht mehr subventioniert. Es ist uns schleierhaft, weshalb der Stadtrat die Leistung im kulturellen Bereich nicht mit den wahren Worten benennen will. Der Rat muss sich entscheiden, ob er Kostenwahrheit und Kostenklarheit in der Kultur will oder ob er in der Ideologie gefangen bleiben will.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Gegenüber dem Gemeinderat herrscht bereits heute volle Transparenz. In den Weisungen sind jeweils sämtliche Sub-

ventionen von öffentlichen Stellen ausgewiesen. Wer überprüfen will, wie ein Eigenfinanzierungsgrad unter Abzug aller öffentlichen Beiträge aussehen würde, kann dies in 30 Sekunden eruieren. Wir vertuschen nichts. Kultur-Institutionen in anderen Städten bezeichnen den Eigenfinanzierungsgrad so, wie wir dies tun. Wir wären nicht mehr vergleichbar, wenn wir hier einen Sonderzug fahren würden. Es geht auch darum, die richtigen Anreize zu setzen. Wenn bei der Berechnung des Eigenfinanzierungsgrades die Beiträge von anderen staatlichen Stellen zusätzlich zum Beitrag der Stadt abgezogen werden sollen, liefert dies einen falschen Anreiz. Eine Institution könnte dann sagen: Es ist besser, 40 % Subventionen von der Stadt zu erhalten als 20 % von der Stadt und 20 % vom Kanton, denn dann ergibt sich ein höherer Eigenfinanzierungsgrad. Die jetzige Darstellung setzt den richtigen Anreiz, dass sich die Institutionen breiter aufstellen und sich auch um Geld von anderen öffentlichen Stellen bemühen, was wiederum die Stadt entlastet. Gelder von Kanton und Bund sind auch ein Zeichen von Anerkennung, aber auch ein Zeichen der Arbeitsqualität einer solchen Institution. Wir sind bereit, Verbesserungen vorzunehmen. Ab sofort werden wir in den Leistungsvereinbarungen mit den Kultur-Institutionen eine Bandbreite des städtischen Subventionsgrades beschreiben, in der sich Kultur-Institutionen bewegen sollen. Damit ist die finanzielle Relation zwischen dem städtischen Beitrag und dem Gesamtertrag einer Institution festgelegt. Diese Information wird bei der Behandlung einer Weisung entsprechend kommuniziert werden. Das Postulat würde zu einem unproduktiven Zusatzaufwand führen und die Vergleichbarkeit senken. Arbeit würde in Tabellen und Berechnungen führen statt in die Kunst. Aus diesen Gründen und weil alle Kulturweisungen bereits heute die relevanten öffentlichen Zuschüsse transparent ausweisen, ist das Postulat abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Es ist für uns interessant zu wissen, wie viel Geld effektiv von Externen kommt und wie viel von uns. Das Postulat wäre aber das falsche Instrument dazu. In den Gemeinderatsdebatten und in den Kommissionsbesprechungen ist der Eigenfinanzierungsgrad eine interessante Zahl. Wir bitten den Stadtrat deshalb, die Weisungen so zu verfassen, dass alles ausgewiesen ist, so wie es die SVP vorschlägt. Das bringt Transparenz. Das ist aber ein Thema für die Kommunikation zwischen den Kommissionen, Gemeinderäten und dem Stadtrat. Es ist keine Aussenwirkung gegeben. Anders sah dies bei einem FDP-Postulat aus, bei dem wir wissen wollten, welchen Anteil die Kulturausgaben am Gesamtkuchen der Stadt ausmachen. Die Stadt hat die Nettokulturausgaben mit den Bruttoausgaben der Stadt verglichen, mit allen Eigenfinanzierungen, anstatt eine verlässliche Zahl zu nehmen, nämlich die Nettoausgaben in der Kultur im Vergleich zu den Steuerausgaben. Wir unterstützen das Anliegen der SVP hinsichtlich dessen, dass wir darauf angewiesen sind, die Zahlen herauslesen zu können. Aber ein Postulat, das eine gewisse Allgemeinverbindlichkeit haben soll, ist nicht notwendig.

Renate Fischer (SP): Das Postulat fordert eine neue Berechnung des Eigenfinanzierungsgrads der Kultur-Institutionen. Bei den Institutionen wie auch im Departement würde sich ein nicht geringer Zusatzaufwand ergeben. Es wird gefordert, dass der Kauf von Tickets von staatlichen Stellen als Quersubventionierung gelten und nicht einen Teil der Eigenfinanzierung ausmachen sollen. Besucht nun beispielsweise eine Abteilung des

Kantons eine Theatervorstellung, stellt sich die Frage, ob diese Billette als Eigenleistung gelten oder nicht. Die Kultur-Institution müsste bei jedem Kauf nachfragen, wer die Tickets wie nutzt. Die Postulanten möchten, dass sich die Öffentlichkeit und der Gemeinderat ein genaueres Bild der Kultur-Institutionen machen können. Es wird jedoch bereits in jeder Weisung auf die Finanzierung der Institutionen eingegangen. Es liegen Erfolgsrechnungen und Bilanzen vor, es ist dargelegt, welche anderen Stellen die Institutionen auch unterstützen. Sollte eine Angabe fehlen, kann in der Kommission nachgefragt werden. Ich gehe davon aus, dass die Kennzahlen verlangt werden, um die Institutionen miteinander zu vergleichen. Ob ein Vergleich zwischen einem Kino oder Kleintheater mit beschränkter Sitzplatzzahl mit grossen Museen mit langen Öffnungszeiten sinnvoll ist, ist zu bezweifeln. Gemäss Postulat soll die neu berechnete Zahl einerseits im Jahresbericht der jeweiligen Institution als auch im Geschäftsbericht des Stadtrats publiziert werden. Als einsame Prozentzahl in einem Bericht sagt sie jedoch nicht viel aus, insbesondere ohne eine genaue Erklärung, was einberechnet wurde. Die Publikation im Geschäftsbericht der Institutionen macht somit nicht wirklich Sinn. Im Bericht des Stadtrats geht es nicht um die Arbeit von externen Institutionen. Die Publikation der Leistungen von externen Kultur-Institutionen widerspricht auch den Bestrebungen, den bereits heute 400 Seiten umfassenden Bericht nicht weiter aufzublähen. Die SP lehnt die Forderung ab.

Andreas Kirstein (AL): *Die AL lehnt das Postulat ab. Aus ökonomischer Sicht habe ich teilweise durchaus gewisse Sympathien für die Ausführungen der SVP. Der Eigenfinanzierungsgrad ist aus unserer Sicht jedoch keine taugliche Kennzahl zur Beurteilung der Unterstützungsfähigkeit einer Kultur-Institution. Im Begründungstext heisst es: «Parlament und Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, sich über die Marktfähigkeit und Publikumsgunst der unterstützten Institutionen ein genaues Bild zu machen. Der Run auf öffentliche und private Gelder wird aufgrund des Übermasses an Kunstproduktionen an Intensität zunehmen». Wenn man das liest, wird klar, wessen Geistes Kind dieses Postulat ist. Mit diesem Geist, der in Wahrheit ein kulturpolitischer Ungeist ist, hat die AL nichts am Hut.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Ich habe durchaus Verständnis für höhere Transparenz. Das Problem im Bereich Kultur ist aber ein anderes. Wenn man höhere Transparenz hat, sich aber nicht bemüht, den Nutzen von Kultur entsprechend zu quantifizieren, führt dies zwar zur Verbesserung der Transparenz auf der einen Seite, es trägt aber nicht dazu bei, eine Gesamtbeurteilung durchführen zu können. Unter dem Strich bringt es keinen Nutzen. Eine gewisse Horizonterweiterung wäre auch im Kennzahlenbereich notwendig. Wenn man schon die Kostenseite transparenter machen will, müsste man auch die Nutzenseite betrachten.*

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP wird das Postulat ebenfalls ablehnen. Zu Beginn hatten wir aufgrund der Forderung nach Transparenz gewisse Sympathien dafür. Es sind jedoch tatsächlich sehr viele Zahlen bereits in den Weisungen vorhanden. Wir schliessen uns diesbezüglich der FDP an und bitten den Stadtrat darum, dass diese Zahlen in Zukunft vielleicht sogar noch ausgebaut werden. Sonst gibt es auch die Möglichkeit, in der Kommission nachzufragen. Würde das Postulat exakt gemäss der Forderung umgesetzt, würde dies zu einem hohen Aufwand führen. Es stellen sich Fragen bei der*

Quersubventionierung durch den Kauf von Tickets und Abgeltung von Gratiseintritten durch staatliche Stellen. Wenn beispielsweise eine Schulklasse aus dem Kanton Thurgau ein Theater besucht, würde sich dann die Frage stellen, ob diese staatliche Stelle ebenfalls mitgemeint wäre. Wir können das Postulat nicht unterstützen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Auch die Grünen werden das Postulat ablehnen. Der Eigenfinanzierungsgrad hat sehr wenig mit Leistung zu tun und schon gar nichts mit Qualität. Neue, junge Kunst und Kultur etwas abseits vom Mainstream, die nicht sofort die grossen Massen anzieht, aber später oft sehr erfolgreich wird, ist zu berücksichtigen. Wir wollen die Qualität der Kunst und Kultur unterstützen und ein breites Angebot an kulturellen Einrichtungen und Attraktionen in dieser Stadt beibehalten. Der Eigenfinanzierungsgrad liegt manchmal etwas höher und häufig tiefer. Die Weisungen beinhalten diesbezüglich bereits zahlreiche Informationen. Die Transparenz ist vorhanden. Die Institutionen müssen diese Zahlen offenlegen. Allfällige Fragen können ans Präsidialdepartement gerichtet werden. Mit dem Postulat würde ein gigantischer Bürokratieapparat aufgebaut. Der Nutzen daraus ist nicht bekannt.

Roger Liebi (SVP): Es wurde nun gesagt, es sei alles in den Weisungen sichtbar oder man könne in der Kommission nachfragen. Wir vertreten aber hier im Rat auch die Bevölkerung. Darum geht es bei der Schaffung von Transparenz. Die Bevölkerung muss informiert sein. Nehmen wir als Beispiel das Schauspielhaus. Der Geschäftsbericht 2014/2015 ist vermutlich nicht ehrlich. Er ist bei den Erträgen gegliedert in öffentliche Beiträge, Vorstellungseinnahmen, übrige Erträge. Die öffentlichen Beiträge bestehen aus den 38 041 000 Franken von der Stadt sowie 667 411 Franken vom Lotteriefonds. Wir wissen, dass vom Schul- und Sportdepartement ein Betrag für Kulturausgaben im Budget eingestellt ist, auch für Besuche im Schauspielhaus. Diese sind höchstwahrscheinlich bei den Spieleinnahmen statt bei den öffentlichen Beiträgen aufgeführt. Es muss ersichtlich sein, wie viel Geld tatsächlich aus dem öffentlichen Bereich stammt, gerade bei einer Institution, die sich derart um den Willen der Bevölkerung und des Gewerbes foudiert.

Markus Merki (GLP): Transparenz ist wichtig und gut. Mit dem Postulat schießt die SVP jedoch über das Ziel hinaus. Die GLP lehnt das Postulat hauptsächlich ab, weil es einen enormen Aufwand mit sich bringen würde. Es stellt sich auch die Frage, wie diese Zahlen eruiert werden sollen. Die SVP erwähnt im Postulat marktunübliche Preise. Da stellt sich die Frage, wie man marktübliche Preise definiert. Wir sehen hier ein Problem in der Umsetzung. Zudem ist die Transparenz bereits bis zu einem gewissen Grad gegeben. Es stand den entsprechenden Kommissionsmitgliedern offen, diese Zahlen zu berechnen. Die Gratiseintritte sind hingegen nicht ersichtlich. Hier sollte der Stadtrat Transparenz schaffen.

Severin Pflüger (FDP): Wir mussten tatsächlich bei zwei Geschäften nach den Zahlen fragen. Wir wollen Transparenz und benötigen diese Zahlen. Wenn das Präsidialdepartement will, dass wir die Weisungen zügig und gut behandeln, sollten diese Zahlen bereits in den Weisungen enthalten sein und nicht erst auf Nachfrage geliefert werden. Die Öffentlichkeit hat im Übrigen Zugang zu den Weisungen. Die Weisungen sind online

5 / 5

aufgeschaltet und für die Bevölkerung zugänglich. Es reicht aus, wenn wir uns in der Zusammenarbeit zwischen Kommission und Stadtrat finden. Es braucht dazu kein Postulat.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Stadtpräsidentin Corine Mauch behauptete, man könne diese Zahlen innert 30 Sekunden eruieren. Mehrfach wurde aber nun auch gesagt, durch das Postulat würde ein riesiger Aufwand verursacht. Man hat sich offenbar noch nicht entschieden, was stimmt. Wir wissen, dass die Holschuld bei uns bleibt. Es geht aber nicht nur um uns, sondern um den Bürger. Man hat sich nun mit Transparenz, zugänglichen Daten und vergleichbaren Eigenfinanzierungsgraden gerühmt. Die Eigenfinanzierungsgrade sind gegenüber der Öffentlichkeit massiv überzeichnet. Es wird von Eigenfinanzierungsgraden von 70 oder 80 % gesprochen. Mit dem von uns geforderten Subventionierungsgrad wäre diese Show nicht mehr möglich. Es ist möglich, dass wir etwas über das Ziel hinausgeschossen sind. Aber der Zweck eines Postulats ist, etwas zu prüfen. Ich habe gehört, dass gewisse Sympathien vorhanden sind. Wir sollten in diese Richtung weitergehen. Zum Argument der Vergleichbarkeit: Wir könnten hier eine Vorreiterrolle einnehmen und mit Kostenwahrheit und Kostenklarheit vorangehen. Der Stadtrat will offenbar eine gewisse Bandbreite festlegen. Er sollte dann aber auch entsprechend handeln, wenn sich eine Institution ausserhalb dieser Bandbreite bewegt. Die Transparenz kann deutlich erhöht werden. Das kann niemand in Abrede stellen.*

Das Postulat wird mit 21 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat